

Das Problem Groß-Berlin.

Lastenausgleich oder Eingemeindung?

Die Frage nach der Schaffung eines Groß-Berlin führte gestern im national-liberalen Hauptverein Berlin zu lebhaften Erörterungen. Stadtsyndikus Martezky-Lichtenberg schilderte die Notlage der östlichen Gemeinden Groß-Berlins. Die wohlhabende Bevölkerung ziehe immer mehr nach dem Westen, während die ärmere Arbeiterbevölkerung im Osten bleibt. Die Verschiedenheit der steuerlichen Leistungsfähigkeit der östlichen Vororte werde aber nicht durch geringere Aufwendungen ausgeglichen. Man müsse hier auf der Höhe bleiben. Den Gemeinden drohte der Verlust ihrer Selbständigkeit, wenn hier nicht ein gesetzlicher Eingriff erfolge. Gewiß würde eine Eingemeindung in großem Stil die finanzielle Not mit einem Schlage beseitigen. Aber die östlichen Vororte wollten nicht nur „wohlwollend beachtete Außenbezirke“ sein, keine „Bürgermeistereien“. Der Redner streifte auch die Frage, ob es im Sinne der nationalliberalen Partei liege, daß sich die Macht des kommunalen Freisinns, der — wenn auch nicht offiziell — in Berlin herrsche, noch weiter ausdehne. Es gebe starke nationalliberale Elemente in den Vororten, die gerade später bei Umgestaltung des Gemeindevahlrechts von Einfluß sein können. Nach einer Lanze für den Zweckverband trat der Redner für einen mechanischen Lastenausgleich ein, bei dem Berlin 1 700 000, Charlottenburg 770 000 Mark für Neukölln und Lichtenberg abzugeben hätten. Die westlichen Vororte sollen auch bedenken, daß, wenn erst die östlichen eingemeindet werden, sie auch daran glauben müßten.

Nach einer kurzen Bemerkung des Vorsitzenden, Justizrat Marwitz, daß die Entwicklung der westlichen Gemeinden sich kaum so glänzend vollzogen hätte, wenn ihre Eingemeindung früher erfolgt wäre, wies Abgeordneter Liepmann überzeugend nach, daß der vorgeschlagene mechanische Ausgleich vom Standpunkt der ausgleichenden Gerechtigkeit abzuweisen sei. Die Verteilung der Schul- und Armenlasten habe auf ganz anderer Grundlage zu erfolgen. Bemerkenswert sei es, daß das notleidende Lichtenberg einen geringeren Steuerzuschlag erhebe als Charlottenburg. Eine Eingemeindung ohne Zentralisierung, das zeige Wien und London, lasse sich sehr wohl durchführen. Der Osten Groß-Berlins könne doch nicht ohne weiteres Kostgänger und Geschenknehmer des reicheren Westens werden. Sollte dieser zahlen ohne zu wissen, was mit seinem Gelde geschieht? Eine größere Sparsamkeit bei der kommunalen Bewirtschaftung sei durchaus notwendig. Abg. Dr. Liepmann betonte die Notwendigkeit eines allgemeinen Ausgleiches der Schul- und Armenlasten für ganz Preußen, womöglich fürs ganze Reich. Für Ueberbürdung mit Kriegslasten muß der Staat eintreten. Ist das nicht angängig, so möge eine Eingemeindung in nicht zentralisierter Form erfolgen.

Geheimrat Pönsgen führte aus, daß Millionen über Millionen durch das Durcheinander von Verwaltungen in Berlin nutzlos ausgegeben werden. Der jetzige Zweckverband sei eine Mißgeburt. Es fehlt ihm an jeder unmittelbaren Beziehung zu den Bürgern. Die Eingemeindung müsse ein neues einheitliches Groß-Berlin schaffen, das verschiedene Dezentralisationspunkte mit etwas beschränkter Selbstverwaltung enthalte. Regierungsrat Professor Dr. Leidig erinnert daran, daß es auch im Westen nicht leistungsfähige Gemeinden gibt, z. B. Schmargendorf. Wollte man eingemeinden, dann müßte auch der Kreis Teltow und Nieder-Barnim miteingemeindet werden. Es frage sich nur, wie die Provinz Brandenburg sich zu einer Provinz Groß-Berlin stellen würde. Ein Lastenausgleich, wie ihn die östlichen Vororte vorschlagen, sei bisher weder innerhalb noch außerhalb Deutschlands erfolgt. Ein organischer Aufbau muß erfolgen, kein mechanischer Ausgleich. Ein Industrieller aus Weißensee fürchtete, daß der geplante Lastenausgleich ein Heer von Feststellungsklagen und unendlich nutzlose Arbeit nach sich ziehen werde. Das einzig Richtige sei die Zusammenfassung aller Gemeinden.